

Österreichisches Jahrbuch für Politik 2018

Andreas Khol / Stefan Karner / Wolfgang Sobotka / Bettina Rausch / Günther Ofner /
Dietmar Halper (Hrsg.)

Wien – Köln – Weimar 2019: Böhlau Verlag, 544 S.

Stefan A. Marx

Wien

E-Mail: stefan.marx@univie.ac.at

Dieses Jahrbuch der Politischen Akademie der Volkspartei Österreichs versteht sich als Prüfstein darüber, ob die von der Türkis-Blauen Regierung angekündigte „Stiländerung in der Politik“ (XI) im ersten Jahr der Koalition umgesetzt wurde. Es handelt sich allerdings um eine Prä-Ibiza Publikation, die daher gerade in manchen Fragen des guten Stils nicht mehr als aktuell bezeichnet werden kann.

Der Hauptteil des Jahrbuches versucht mit unzähligen Beiträgen von Regierungspolitikern_innen, eine umfassende Darstellung möglichst vieler Bereiche der Regierungsarbeit zu bieten, über die dann durch Journalist_innen und Expert_innen resümiert wird. Im Nebenenteil finden sich in der Hauptsache Schwerpunkte über Parteienforschung, sowie Reden unter anderem von André Heller und Arik Brauer zum Gedenkjahr 2018. Die Anzahl der Beitragenden ist so hoch, dass hier nicht alle Beiträge Erwähnung finden können.

Der Hauptteil wird von Josef Moser (ÖVP) eingeleitet, der die Föderalismusreform der Regierung darstellt. Hartwig Löger (ÖVP) referiert im Anschluss die Ansätze der Regierung zur Budgetsanierung. Den Kommentar zum zweiten Thema liefert Martin Kocher vom Institut für Höhere Studien und kommt zum Schluss, dass die Lage aktuell gut ist, aber dass es trotzdem Bedarf an Strukturreformen in Bereichen mit besonders dynamischer Kostenentwicklung gibt: bei Pensionen und Gesundheit. (Vgl. 42)

Margit Schratzenstaller vom Wifo und Christoph Badelt von der Universität Wien bringen gemeinsam die großen Budgetherausforderungen von Digitalisierung bis Klimawandel aufs Tableau und plädieren ebenfalls für langfristige Strukturreformen. Wobei die Konkreti-

sierung dieser Reformvorschläge wie auch bei Kochers Kommentar eher vage bleibt.

Das Fazit von Franz Schellhorn von der Agenda Austria zu 12 Monaten Türkis-Blau fällt durchmischt aus. Die Regierung reformiert und geht die richtigen Probleme an, sie versäumt es aber die Bevölkerung für diese notwendigen Gesetzesänderungen zu gewinnen. Bei der Diskussion zum 12 Stunden Arbeitstag wurde etwa zu wenig darauf hingewiesen, dass es in anderen EU Ländern wie Schweden oder Dänemark gar keine Obergrenze gibt. (Vgl. 56)

August Wöginger (ÖVP) und Bernhard Wurzer (ÖVP) stellen die Reform der Sozialversicherung sehr ausführlich dar. Ihr Beitrag bleibt unkommentiert.

Klemens Riegler-Picker aus der Bildungsdirektion schreibt über die Schulreform und ihre Erweiterungsmöglichkeiten, plädiert aber für Entschleunigung (101): das Bildungssystem braucht Zeit, um den Reformen hinterherzuwachsen.

Meinungsforscher Peter Hajek und Alexandra Siegl widmen sich der Frage nach dem „neuen Stil“ der Regierung. Anhand von 18 Umfrage-Graphiken stellen sie dar, dass die Regierung „weniger mit der Wahrnehmung von Streit und Stillstand zu kämpfen hat“ (138), als ihre Vorgängerin und bei einzelnen Themen wie bei Deutschförderklassen für Migranten in der Lage war „über die ÖVP-/FPÖ-Wählerschaft hinaus Menschen“ (133) anzusprechen.

Eva Zeglovits und Nikolaus Eder von IFES beschreiben Österreich im Zustand einer schwach zunehmenden affektiven und geographischen Polarisierung (141); in einer Situation also, in der ideologische Unterschiede zwischen Parteien mit der gegenseitigen Abwertung

der Anhänger_innen einhergeht und ein „Austausch mit Andersdenkenden kaum mehr stattfindet“ (Ibid.). Zugleich attestieren sie aber einen Rückgang der Polarisierung im Verhältnis zur Bundespräsidentchaftswahl 2016.

Bettina Rausch (ÖVP) sieht die ÖVP in Fragen der Frauenpolitik als Partei der „ersten Frauen“ (156) und bescheinigt, dass eine „gesellschaftliche Einstellung“ (162), etwa die Stärkung des Selbstbewusstseins der Frauen (vgl. ebda.) mehr als Gesetze und Vorschriften bewirken kann. Diese Eigendarstellung bleibt unkommentiert.

Eingeleitet von Wolfgang Fellner (Oe24) folgen dann die im Vorwort angekündigten „Spitzenjournalisten“ (XIII) und bieten eine polemische und tendenziell positive Bilanz der Regierung, bei der allerdings kaum auf die vorhandenen Beiträge von Regierungsmitgliedern eingegangen wird.

Alexander Schallenberg aus dem Bundeskanzleramt zieht ein selbstsicheres Resümee der österreichischen EU-Präsidentschaft und findet, „die Arbeits- und Ergebnisbilanz ist beachtlich“ (209).

Peter Webinger, der Leiter der Sektion Fremdenwesen im Innenministerium, verteidigt den „Paradigmenwechsel (der Regierung) in der Migrationspolitik“ (211) und illustriert das anhand der „Grenzen des bürgerlichen Rechtsstaates“ (219), die dort erreicht werden, wo Menschen so wenig zu verlieren haben, dass sie sich nicht durch Ersatzfreiheitsstrafen zu einer Verhaltensänderung bewegen lassen. „Flüchtlinge haben das Recht, in Sicherheit und Würde zu leben; sie haben keinen Anspruch auf unbegrenzte Migration.“ (221) Auch dieser Beitrag bleibt ohne Kommentar.

Reinhold Lopatka beschließt diesen Teil des Jahrbuches mit einem ausführlichen Beitrag zum Subsidiaritätsprinzip der EU.

Im darauffolgenden Abschnitt geht es um politische Grundsatzfragen. Hier befasst sich unter anderem der Autor Samuel Schirmbeck mit dem Thema „Die Linke und der Islam“ und weist, unter Rückgriff auf Übertreibungen und Polemik, auf einen wahren Kern der Debatte hin. Dass viele Islamvereine in Europa reaktionäre politische Positionen vertreten und darin von vielen linken Parteien kaum kritisiert werden.

David Wineroither von der ungarischen Akademie und Christian Moser-Sollmann vom Friedrich Funder Institut für Journalistenbildung schreiben über die Metamorphose des europäischen und österreichischen Parteiensystems hin zu mehr Volatilität, welche große Koalitionen wahrscheinlicher und gleichzeitig krisenanfälliger macht. (Vgl. 285)

Karl Nehammer (ÖVP), Thomas Drozda (SPÖ), Michael Ludwig (SPÖ), Gernot Blümel (ÖVP), Ingrid Korosec (ÖVP) und Martha Bißmann (vormals Liste Pilz) stellen ihre Wahrnehmung der aktuellen Situation der Parteien dar. Unterbrochen wird diese Selbstdarstellung

durch Kommentare von Maria Maltschnig vom Karl Renner Institut und Lothar Höbelt von der Universität Wien, der kurz vor Ausbruch des Ibiza-Skandals noch die Ansicht vertritt, die FPÖ hätte im Vergleich zu 2000 den „Wechsel von der Oppositionspartei zur Regierungspartei gut verkraftet“ (367).

Interessant ist der Beitrag von Thomas Hofer von H+P Public Affairs, der den Abgang von Matthias Strolz (NEOS) mit dem Christian Kerns (SPÖ) vergleicht und zum Ergebnis kommt, das Strolz Abgang gelungen ist, während Kern seine Partei in das „Chaos“ einer „veritablen Krise“ (389) gestürzt hat.

Franz Sommer von der ARGE Wahlen beschließt diesen Abschnitt mit einer Zeitreise durch die Parteipräferenzen der Wähler_innen von 1999 bis 2018.

Christoph Hofinger und Corinna Mayerl von SORA bieten im vermischten Abschnitt, der sich ansonsten mit Deutschland und den USA auseinandersetzt, einen Überblick über das Wahljahr 2018 in Österreich.

Das Jahrbuch für Politik ist eine Publikation der politischen Akademie der ÖVP und das bleibt dem Leser bzw. der Leserin an keiner Stelle verborgen. Die Selbstbetrachtung der ÖVP ist interessant und kurzweilig zu lesen, besonders, wenn man es schafft eine ironische Distanz zu den präsentierten Inhalten zu wahren. Hier dokumentiert sich das Selbstverständnis einer intellektuell selbstbewussten Partei, die mit Sendungsbewusstsein antritt und versucht ihre Ideen möglichst nachvollziehbar und transparent darzustellen.

Leider fehlt an wichtigen Stellen, an denen die gelungene Außendarstellung und Selbsterklärung in Selbstreflexionen münden könnte, ein wissenschaftlicher Kommentar, der den Anstoß dazu liefern würde. Vor allem die Beiträge der „Spitzenjournalisten“ bleiben tendenziell oberflächlich und eher polemisch als kritisch.